

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Nicole Maisch, Özcan Mutlu, Harald Ebner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 18/7404 –

Forderung von Bundesminister Schmidt nach einem eigenen Schulfach Ernährung

Vorbemerkung der Fragesteller

Der Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Christian Schmidt, fordert seit Herbst 2015 ein eigenes Schulfach Ernährung (www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/2015/187-SC-TageDerSchulverpflegung.html). Seit Anfang Dezember 2015 appelliert der Bundesminister auch an die Kultusministerinnen und Kultusminister der Länder, da diese für die Einrichtung eines eigenen Schulfaches zuständig wären. Ein entsprechender Brief des Bundesministers liegt der Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Brunhild Kurth, vor (www.tagesspiegel.de/wirtschaft/unterricht-zu-gesundheit-und-ernaehrung-minister-schmidt-fordert-schulfach-ernaehrung/12661860.html). Die Ökotrophologinnen Prof. Dr. Ines Heindl und Prof. Dr. Barbara Methfessel, die im Jahr 2015 vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) mit der Niklas-Medaille für ihren Einsatz für die Ernährungs- und Verbraucherbildung ausgezeichnet wurden, wenden sich nun in einem Offenen Brief an den Bundesminister, mit der Bitte, die Forderung nach einem eigenen Schulfach Ernährung einzustellen, da diese Forderung zum „derzeitigen Stand kontraproduktiv und evtl. sogar schädlich“ sei.

Alle Expertinnen und Experten und die Fragesteller sind sich einig, dass eine gesunde Ernährung zu den Grundkompetenzen gehört, die auch in den öffentlichen Bildungs- und Erziehungseinrichtungen zu vermitteln sind. Die Verankerung von Ernährungserziehung/-bildung ist eine wichtige Querschnittsaufgabe, die in unterschiedlichen Fächern und auch im schulischen Raum außerhalb des Fachunterrichts erfüllt werden muss. Dies spiegelt sich insbesondere in einem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 12. September 2013 wider, in dem sich die Kultusministerinnen und Kultusminister einstimmig auf den Ausbau der Verbraucherbildung an Schulen geeinigt haben, die insbesondere auch im Bereich Ernährung und Gesundheit stattfinden soll.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Ein zentrales Anliegen der Bundesregierung ist es, dass Kindern ein Grundwissen über gesunde Ernährung vermittelt und ihnen gleichzeitig in der Kita oder der Schulmensa ernährungsphysiologisch ausgewogenes, appetitliches und schmackhaftes Essen angeboten wird.

Mit dem im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) entwickelten und 2007 erstmals erschienenen Qualitätsstandard für die Schulverpflegung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e. V. und den seit 2008/2009 gemeinsam mit den Ländern geförderten Vernetzungsstellen Schulverpflegung hat die Bundesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen wichtigen Schritt getan, um Schulen beim Thema Ernährung zu unterstützen. Es ist gelungen, Strukturen zu schaffen, um den enormen Beratungs- und Unterstützungsbedarf von Schulträgern und Schulen auf dem Weg zu einer gesundheitsförderlichen Verpflegung für alle Schülerinnen und Schüler abzudecken.

Mit der im Januar dieses Jahres gestarteten Verbraucherinformationskampagne „Macht Dampf – Für gutes Essen in Kita und Schule“ sowie der geplanten Einrichtung eines Nationalen Qualitätszentrums für gesunde Ernährung in Schule und Kita setzt sich die Bundesregierung weiter konsequent für eine Qualitätsverbesserung in der Schulverpflegung ein.

Allerdings ist die Bundesregierung davon überzeugt, dass eine nachhaltige Verbesserung der Schulverpflegung nur gelingen kann, wenn sie mit einer Intensivierung der Ernährungsbildung an Deutschlands Schulen einhergeht. Das Ziel, das Bewusstsein für einen gesunden Lebensstil bei Kindern und Jugendlichen zu erreichen, kann nur erreicht werden, wenn Schülerinnen und Schüler nicht nur in den Schulkantinen mit ausgewogener Ernährung versorgt, sondern die Grundlagen des Ernährungswissens auch im Schulunterricht verankert werden. Nur wenn Theorie und Praxis zusammenwirken, können nachhaltige Erfolge erzielt werden.

Vor diesem Hintergrund wurde auch das Thema Ernährungsbildung in die „Macht Dampf“-Informationskampagne integriert. Kitas und Schulen haben seit dem 16. Februar 2016 die Möglichkeit, sich ihre „Extraportion Wissen“ für einen begrenzten Zeitraum kostenlos zu bestellen. Hierfür werden vom BMEL drei im Rahmen von IN FORM – „Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung“ entwickelte Unterrichtskonzepte angeboten. Dazu gehören auch die in den Antworten auf die Fragen 9 und 10 beschriebenen Unterrichtsmaterialien „Ernährungsführerschein“ und „SchmExperten“.

Um der Bedeutung der Ernährungsbildung insgesamt gerecht zu werden, setzt sich das BMEL für ein eigenes Schulfach Ernährung ein. Jedes Kind soll das Einmaleins einer gesunden Ernährung lernen – unabhängig von der Herkunft und vom Schultyp. Ein solches Schulfach kann einen wichtigen Beitrag zur Prävention von ernährungsmitbedingten Krankheiten beitragen und so helfen, unser Gesundheitssystem um Milliarden Euro jährlich zu entlasten.

1. Auf welcher wissenschaftlichen Grundlage fordert der Bundesminister Christian Schmidt ein Schulfach Ernährung?

Laut einer von der Bundesregierung geförderten und im September letzten Jahres veröffentlichten Studie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg verursacht ungesunde Ernährung im deutschen Gesundheitssystem jährliche Kosten von fast 17 Mrd. Euro.

Da es darüber hinaus wissenschaftlich erwiesen ist, dass das Ernährungsverhalten der Menschen in der Kindheit entscheidend geprägt wird, ist es naheliegend, mit der Ernährungs- und Gesundheitserziehung und -bildung in den Institutionen anzusetzen, in denen Kinder am besten erreicht werden können. Neben den Kitas sind dies die Schulen, da hier 100 Prozent der Kinder – unabhängig vom Einkommen oder der Herkunft der Eltern – erreicht werden können.

Vor diesem Hintergrund besteht Konsens bei den Fachleuten, dass die Ernährungs- und Gesundheitsbildung verbindlich und dauerhaft strukturell im Unterricht verankert werden muss. Daher ist es aus Sicht des Bundesernährungsministeriums geboten, die Bedeutung der Ernährungsbildung als Teil der Verbraucherbildung besonders hervorzuheben. Vor allem deshalb, weil hiermit nicht nur die Grundlagen für ein langes, gesundes und selbstbestimmtes Leben eines jeden Menschen gelegt werden können, sondern auch unser Gesundheitssystem – wie einleitend ausgeführt – jährlich um Milliarden Euro entlastet werden kann.

2. Unterstützt die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Prof. Dr. Johanna Wanka, das Vorhaben?

Die Bemühungen der Länder, Themen zum Bereich Ernährung auch in die curricularen Vorgaben einzelner Schulfächer aufzunehmen, werden auch zukünftig von der Bundesregierung unterstützt. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) verfolgt dieses Thema zum Beispiel im Kontext seiner Projektförderung. So entwickelt das vom BMBF mit einer Fördersumme von rund 4,9 Mio. Euro unterstützte Kompetenzcluster „nutriCARD – Cluster für Ernährung und kardiovaskuläre Gesundheit“ (Region Jena-Leipzig-Halle) gemeinsam mit regionalen Unternehmen der Ernährungsindustrie und weiteren Partnern neue Strategien und Produkte für eine gesündere Ernährung in Mitteldeutschland. Unter anderem werden Kommunikations- und Bildungskonzepte entwickelt, die langfristig zu einem gesunden Ernährungs- und Lebensstil beitragen und sich insbesondere an junge Familien und Kinder richten. In Zusammenarbeit mit Partner-Einrichtungen und Organisationen wie der „Vernetzungsstellen Schulverpflegung“ sowie „Verpflegung in Kindertagesstätten“ werden die entwickelten Konzepte dann in Kitas und Schulen angewendet.

3. Welche Kultusministerinnen und Kultusminister der Länder unterstützen die Forderung des Bundesministers nach einem eigenen Schulfach Ernährung?

Bundesminister Christian Schmidt hat die damalige Präsidentin der Kultusministerkonferenz, die Sächsische Staatsministerin für Kultus, Brunhild Kurth, im November 2015 in einem Schreiben über die schulbezogenen Aktivitäten des BMEL im Rahmen von IN FORM – „Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung“ informiert und darin auch seine Position zu einem Schulfach Ernährung dargelegt.

Die Präsidentin der Kultusministerkonferenz hat in ihrem Antwortschreiben darauf hingewiesen, dass das Thema Ernährung in allen 16 Ländern Teil der Lehr-

pläne sei und in verschiedenen Unterrichtsfächern, wie beispielsweise Sachkunde, Hauswirtschaft oder Biologie sowie fachübergreifend und durch verschiedene extracurriculare Maßnahmen aufgegriffen werde. Daher bestehe seitens der Kultusministerkonferenz inhaltliche Skepsis gegenüber einem speziellen, eigens geschaffenen Schulfach.

4. Welche Gespräche zum Thema „eigenes Schulfach“ zwischen dem Bundesministerium und den Ländervertreterinnen und Ländervertretern hat es bisher geben?
5. Wird es weitere Gespräche zum Thema „eigenes Schulfach“ zwischen dem Bundesministerium und den Ländervertreterinnen und Ländervertretern geben?

Die Fragen 4 und 5 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Das zuständige Fachreferat des BMEL trifft sich zwei Mal im Jahr mit den Ernährungsreferentinnen und -referenten der Länder. Von Seiten des BMEL werden diese Treffen unter anderem dazu genutzt, über die im Rahmen von IN FORM geplanten und aktuell durchgeführten Aktivitäten zur Unterstützung der Ernährungsbildung und zur Steigerung der Qualität der Verpflegung an Schulen zu informieren. Bund und Länder stimmen in diesen Gesprächen regelmäßig darin überein, dass die Ernährungsbildung verbindlicher als bisher im Unterricht verankert werden sollte. Die Bundesregierung wird auch künftig zu dieser Thematik mit den Ländern im Gespräch bleiben.

6. Wie bewertet die Bundesregierung den Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 12. September 2013 „Verbraucherbildung in Schulen“, nach dem die Verbraucherbildung „in den Unterricht eines oder mehrerer Unterrichtsfächer integriert“ werden soll?

Die Bundesregierung begrüßt den Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 12. September 2013 zur Verbraucherbildung an Schulen.

Gerade vor dem Hintergrund, dass die schulische Ernährungsbildung in den letzten Jahrzehnten immer mehr zurückgedrängt und immer weniger finanzielle Mittel in die professionelle Ausbildung von Lehrkräften investiert wurden, ist es positiv zu bewerten, dass die Diskussion um das Thema Verbraucherbildung an Schulen unter anderem auch aufgrund des oben genannten Beschlusses wieder an Intensität zugenommen hat. Ursächlich hierfür waren vorrangig die Themen des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes.

Für die Ernährungsbildung als ein Bestandteil der Verbraucherbildung ergeben sich damit Chancen, aber auch Risiken. So ist beispielsweise die Identifikation eines Ankerfaches oder eines entsprechenden Fächerverbundes für die Ernährungsbildung deutlich einfacher als für eine Verbraucherbildung, die die wirtschaftlichen und gesundheitlichen Verbraucherthemen umfasst.

Vor diesem Hintergrund ist es die Aufgabe des BMEL, immer wieder und mit Nachdruck auf die besondere Bedeutung der Ernährungsbildung für jeden Einzelnen und für die Gesellschaft hinzuweisen.

7. Welche Fachabteilung des BMEL, außer der Pressestelle, ist mit der Angelegenheit betraut?

Innerhalb des BMEL ist mit dieser Angelegenheit die Abteilung 2 – Ernährungspolitik, Produktsicherheit, Innovation – befasst.

8. Wie hat/wird die Bundesregierung auf den Brief der Ökotrophologinnen Prof. Dr. Ines Heindl und Prof. Dr. Barbara Methfessel, von Dezember 2015 reagiert/reagieren?

Bundesminister Schmidt wird in seinem Antwortschreiben erläutern, warum er an der Forderung eines Schulfaches Ernährung festhält. Inhaltlich wird er sich dabei auf die in den Antworten zu den Fragen 1 und 6 gemachten Ausführungen beziehen.

9. Welche Unterrichtsmaterialien wurden vom Bundesministerium erstellt und zur Verfügung gestellt?

Das BMEL hat sich im Rahmen von IN FORM in den letzten Jahren auf die Förderung von zwei Konzepten zur Ernährungsbildung in Schulen konzentriert. Beide Materialien wurden im Wege von Projektförderungen vom aid infodienst e. V. (aid) konzipiert, gestaltet, produziert und publiziert.

Mit dem „Ernährungsführerschein“ lernen Grundschul Kinder in sechs Doppelstunden Lebensmittel sinnlich wahrzunehmen, zuzubereiten und zu genießen. Lehrkräfte können den praxiserprobten Unterrichtsbaustein für die dritte und vierte Klasse eigenständig umsetzen. Die Kinder lernen das Zubereiten kleiner Gerichte im Klassenzimmer, wichtige Arbeitstechniken, Tisch decken und gemeinsam essen. Das Unterrichtsprojekt animiert zum eigenverantwortlichen Arbeiten in der Küche und endet mit einer schriftlichen und praktischen Prüfung. Das Medienpaket bietet Lehrkräften alle nötigen Inhalte und Unterlagen: ausführliche Durchführungshinweise, Hintergrundinfos, Kopiervorlagen, Elternbriefe, Prüfungsfragebögen und Führerscheine für die Kinder.

Bei den „SchmExperten“ handelt es sich um ein fertig ausgearbeitetes, aber flexibles Konzept für die Ernährungs- und Verbraucherbildung in den Klassen fünf und sechs. Ziel ist es, die Begeisterung an der Zubereitung und das Interesse an gesundheitsbewusstem Essen zu wecken. Kernstück der Unterrichtsreihe ist die selbstständige Zubereitung kleiner kalter Gerichte im Klassenzimmer. Die Praxis ist verknüpft mit Themen wie Einkauf, Hygiene, Esskultur und Geschmacksbildung. Der Ordner mit CD bietet alle Unterlagen zur Vorbereitung und Umsetzung: Fachinformationen, methodisch-didaktische Hinweise, veränderbare Kopiervorlagen und Arbeitsblätter sowie Impulse für fächerübergreifendes Arbeiten und fürs Schulleben.

Für Schulen, die über eine Lehr- oder Lernküche verfügen, wurden die „SchmExperten“ entsprechend angepasst. Das Material „SchmExperten in der Lehrküche“ ist maßgeschneidert für den Fachunterricht und den Wahlpflichtbereich der Klassen sechs bis acht in allen Schulformen.

Neben diesen Unterrichtsmaterialien stellt das BMEL auch Materialien zu anderen Themengebieten seines Zuständigkeitsbereiches zur Verfügung. Für die Klassenstufen drei bis sechs und sieben bis neun werden beispielsweise Materialien für Lehrkräfte zum Thema Vermeidung von Lebensmittelverschwendung angeboten.

10. Wie werden die vom Bundesministerium erstellten Unterrichtsmaterialien zum Schulfach Ernährung durch die Länder abgerufen und angefordert (bitte nach Bundesländern und einzelnen Materialien auflisten)?

Die Erfolge, die bei der Verbreitung des „Ernährungsführerscheins“ erzielt wurden (bisher haben etwa 770 000 Grundschul Kinder den Führerschein erworben), sind unter anderem darauf zurückzuführen, dass im Rahmen von IN FORM zwei „Vertriebswege“ parallel gefördert wurden: Zum einen wurde die Unterstützung der Lehrkräfte durch Fachkräfte, überwiegend geschulte Landfrauen, in den Schulklassen vor Ort gefördert (insgesamt über 10 000 Schulklassen). Zum anderen wurden Lehrerinnen und Lehrer vom aid für die eigenständige Umsetzung des Unterrichtsmoduls geschult (bis heute ca. 2 700 Lehrkräfte).

Inzwischen hat sich der Ernährungsführerschein etabliert. Aus Sicht des BMEL ist der Ernährungsführerschein – unter anderem durch die Aktivitäten von IN FORM – zwischenzeitlich hinreichend bekannt und wird, wie auch mit dem Deutschen LandFrauenverband (dlv) im Laufe des Projekts vereinbart, inzwischen im Sinne einer erfolgreichen Verstetigung vom dlv mit anderen Finanzierungsquellen weiter geführt. Darüber hinaus wird er von einer Vielzahl von Lehrerinnen und Lehrern eigenständig umgesetzt und beispielsweise in Nordrhein-Westfalen als pädagogische Begleitmaßnahme bei der Umsetzung des Schulobst und -gemüseprogramms eingesetzt. Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf begrenzte finanzielle Ressourcen wurde die Förderung ausgesetzt. Die Bestellmengen beim aid belegen, dass der Ernährungsführerschein nach wie vor gut nachgefragt wird.

Bei der Verbreitung der „SchmExperten“ wurden zunächst ausschließlich Schulungen von Lehrkräften durch den aid gefördert (bis heute fast 3 800 Lehrkräfte, über die etwa 200 000 Schülerinnen und Schüler erreicht werden konnten). Nach dem erfolgreichen Abschluss einer Erprobungsphase fördert BMEL ergänzend seit dem 1. September 2015 die Verbreitung der SchmExperten durch Fachkräfte des dlv. 100 Landfrauen werden das Unterrichtsmodul bis November 2017 in 1 250 Einsätzen an weiterführenden Schulen gemeinsam mit den Lehrerinnen und Lehrern einsetzen und diese dazu ermutigen, das Modul in der Folgezeit eigenständig einzusetzen. Schulungen für Lehrerinnen und Lehrer sowie angehende Lehrkräfte werden weiterhin vom aid angeboten.

Eine Erfassung des Materialabrufes nach Ländern erfolgt nicht, da die Materialien in der Regel von Einzelpersonen bestellt werden.

11. Welche Lehrkräfte sollen das Schulfach „Ernährung“ unterrichten und gibt es aus Sicht der Bundesregierung ausreichend pädagogisches Personal für ein solches Schulfach (bitte nach Bundesländern auflisten)?
12. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, ob die Universitäten didaktisch und fachlich auf die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer für das Schulfach „Ernährung“ vorbereitet bzw. ausgestattet sind?

Die Fragen 11 und 12 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

In dem in der Frage 8 zitierten Brief der Ökotrophologinnen Prof. Dr. Ines Heindl und Prof. Dr. Barbara Methfessel von Dezember 2015 an die Bundesregierung, wird mit Bezug auf das Forschungsprojekt „Ernährung in der Schule“ (EiS) der Universität Paderborn aus dem Jahr 2000 darauf hingewiesen, dass die Ernährungsbildung überdurchschnittlich häufig nicht von Fachkräften unterrichtet wird

und zudem die Ausbildungsfächer für diese Lehrkräfte an den Universitäten abgenommen haben. Neuere Erkenntnisse zu den hier relevanten Fragenstellungen liegen nach Kenntnis der Bundesregierung nicht vor.

Aus diesem Grund plant das BMEL, die Universität Paderborn zu beauftragen, im Rahmen eines Forschungsprojektes eine umfassende Analyse der aktuellen Ernährungsbildung in den allgemein bildenden Schulen in Deutschland durchzuführen. Federführend betreut werden soll diese Forschungsarbeit durch Prof. Dr. Helmut Hesecker, der vor nunmehr etwa 15 Jahren bereits maßgeblich bei der obengenannten EiS-Studie mitgewirkt hat.

13. Wenn das Schulfach „Ernährung“ aus Sicht des Bundesministeriums als eigenes Fach zum allgemeinen Fächerkanon gehören soll, welche Fächer empfiehlt die Bundesregierung dafür zu kürzen?

Die Beantwortung dieser Frage liegt im Ermessen der Kultusministerinnen und Kultusminister sowie Senatorinnen und Senatoren der Länder.

14. Wie lässt sich die Forderung zur Einrichtung eines zusätzlichen bzw. gesonderten Faches „Ernährung“ mit dem Kooperationsverbot vereinbaren?

Zwischen der Forderung des Bundesernährungsministers nach einer verbindlichen und dauerhaft strukturellen Verankerung der Ernährungsbildung im Unterricht in Form eines Schulfaches Ernährung und dem Kooperationsverbot besteht aus Sicht der Bundesregierung kein Zusammenhang.

